

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Das NEIN des irischen Volkes ist das NEIN aller Völker, aller ArbeitnehmerInnen Europas

Allein das irische Volk wurde nicht daran gehindert, nach dem Nein des französischen sowie des holländischen Volkes zum EU-Verfassungsvertrag im Mai 2005 über dessen Neuvorlage unter dem Etikett Lissabon-Vertrag demokratisch abzustimmen.

„Das irische Nein (...) hätte genauso gut von den Franzosen, Belgiern oder Deutschen ausgesprochen werden können, wenn man sie per Referendum nach ihrer Meinung gefragt hätte“, so die Kommentare, wie hier der Pariser »Figaro«.

Warum?

Weil das irische Nein sich gegen die Politik der Demontage der sozialen Sicherungssysteme richtete, gegen die Kürzungen der öffentlichen Haushalte, gegen die Privatisierung des Öffentlichen Dienstes, von Post und Bahn, gegen die Politik, die die EU allen Ländern diktiert.

„Trifft das nicht auf jedes Land in Europa zu?“ schreiben die über 1000 gewerkschaftlich engagierten KollegInnen aus 24 europäischen Ländern in ihrem Brief an die KollegInnen in Irland am Vorabend der Abstimmung. Die irischen Gewerkschaften kämpfen wie die ArbeitnehmerInnen in ganz Europa für die Verteidigung ihrer gewerkschaftlichen Tarifverträge, der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte – gegen die EuGH-Urteile, die im Namen der EU-Prinzipien zur Dienstleistungs- und Wettbewerbsfreiheit dem Lohn- und Sozialdumping europaweit Tür und Tor öffnen.

Es war diese allen Ländern gebotene Politik der Antireformen, die Schröder im März 2003 unter dem Namen Agenda 2010 der SPD und dem deutschen Volk aufgezwungen hat – gegen den Willen und gegen den Willen der SPD-Mehrheit.

In den Wahlen im Herbst 2004 haben die WählerInnen dieser Antireformpolitik Schröders und der angekündigten, noch

schärferen Fortsetzung dieser Politik durch Merkel eine klare Absage erteilt. Doch Schröder und Müntefering haben alles getan, damit diese EU-/Agenda-Politik im Rahmen der Großen Koalition weitergeführt werden konnte.

Die arbeitende Bevölkerung aber will, dass endlich Schluss ist mit dieser Politik der sozialen Zerstörung, der jahrelangen Kürzungspolitik gegen Krankenhäuser, Schulen und Kitas, der Privatisierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge, der Ausweitung von Armutslöhnen und Kinder- und Altersarmut.

Über 1 Million Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes, Hunderttausende Metall- und Stahlarbeiter und VerkäuferInnen... erheben sich für einen „Lohn zum Leben – nach langen Jahren des Sozialabbaus und Kaufkraftverlusts“.

Dieser Widerstand hat seinen Ausdruck auf dem Hamburger SPD-Parteitag in der von dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck angekündigten Neuorientierung der SPD gefunden, der Notwendigkeit von „Korrekturen sozialer Ungerechtigkeit“.

Eine hasserfüllte Kampagne, allen voran der EU, der politischen Gegner, der Medien, an der sich aber auch Kräfte aus der SPD-Führung und SPD-Minister in der Großen Koalition beteiligen, wird mit dem ausschließlichen Ziel entfesselt: den begonnenen Neuaufbruch von Hamburg und damit Kurt Beck zum Scheitern zu bringen; die Hoffnungen, die die arbeitende Bevölkerung und die SPD-Mitglieder mit der Neuorientierung der SPD verbunden haben, zu zerschlagen.

Derselbe Steinmeier, SPD-Minister in der Großen Koalition, der heute drängt, dass der Ratifizierungsprozess des EU-Vertrags auch gegen den Willen der Völker fortgesetzt wird, ist der Mann, der mit Steinbrück, ebenfalls SPD-Minister in der Großen Koalition, innerhalb der SPD selbst die Wende der SPD hin zu einer

Neuorientierung hintertreibt, um die Fortsetzung der Politik der Antireformen in der Großen Koalition zu retten.

Die von ihnen der SPD in der Großen Koalition aufgezwungenen Schläge gegen die sozialen und demokratischen Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung provozieren die immer breitere Ablehnung der Parteien der Großen Koalition. Sie treiben die SPD in einen Prozess der Selbsterstörung. Dafür zeugen die historischen Wahlniederlagen wie in Schleswig-Holstein und Sachsen; und wieder gibt es viele Austritte – nach dem Aufbruch in Hessen mit Andrea Ypsilanti, wo sich gezeigt hat, dass die SPD mit der Offensive für sozialdemokratische Politik Wahlen gewinnen kann.

„Es geht um die Existenz der SPD!“

In einem Offenen Brief an Kurt Beck fordern SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen: „Die Fortsetzung der Schröder-Agenda-Politik (...) – das kann nur zum Absturz in die Katastrophe führen, für die SPD und für das Land.

Kurt Beck, Du hast alle Unterstützung der Mehrheit der Parteimitglieder, diese Entwicklung zu stoppen und für den Befreiungsschlag für die SPD zu sorgen.“ Sie fordern: „Einberufung des SPD-Parteitags zur Entscheidung! Für einen Kurswechsel für wirkliche sozialdemokratische Politik für soziale Gerechtigkeit.“

Die Bevölkerungsmehrheit, die ArbeitnehmerInnen, lehnen die von der EU diktierte Fortsetzung der Schröder-Agenda-Politik entschieden ab. Dieser Kampf für die Absage an die Agendapolitik in Deutschland, der Widerstand der ArbeitnehmerInnen und Völker in allen Ländern Europas, können sich von nun an auf das erfolgreiche irische Nein zum Lissabon-Vertrag stützen.

CARLA BOULBOULLÉ